

**Adi Buxbaum, Ursula Filipič, Sybille Pirklbauer,
Nikolai Soukup, Norman Wagner**

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Die übliche Vorgangsweise an dieser Stelle in einer Publikation wie der vorliegenden wäre es, abschließende, zusammenfassende Betrachtungen zu formulieren und hier noch einmal auf Thesen und Schlussfolgerungen der Beiträge einzugehen. Wir haben einen anderen Weg gewählt und uns dafür entschieden, auf jeweils einer Seite eine kompakte Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen und Argumente der einzelnen Kapitel – mit Ausnahme des Einleitungskapitels, das die soziale Lage und den Sozialstaat in Österreich im Allgemeinen behandelt – zu bieten. Die Abschnitte auf den nächsten Seiten sind jeweils folgendermaßen gegliedert:

- 1. Herausforderungen
- 2. Was zu tun ist
- 3. Weiterlesen

Damit soll es gleichermaßen möglich sein, sich in aller Kürze einen Überblick über alle Themen dieses Bandes zu verschaffen wie auch angeregt zu werden, sich in die jeweiligen Kapitel zu vertiefen und weiterzulesen.

Uns ist bewusst, dass der Band dabei den Fokus auf viele wichtige Problemstellungen richtet, andere, ebenso wichtige jedoch nur wenig oder keinen Raum bekommen – allen voran die Herausforderungen, die sich durch die zunehmend spürbaren Folgen der Klimakrise ergeben, bzw. die Frage, wie der alternativlose sozial-ökologische Wandel bewältigt und auch wirklich sozial gestaltet werden kann. Auch die Problemstellungen aufgrund der Digitalisierung sind vielfältig und reichen von neuen Qualifikationsanforderungen über Datenschutzfragen bis hin zum Umgang mit künstlicher Intelligenz. Allein diese beiden Themen würden jeweils allein einen Band verdienen. Dennoch ist aus unserer Perspektive klar, dass die zukunftsorientierte Gestaltung der Politiken in allen Feldern dieser Publikation – vom Arbeitsmarkt bis zu den Pensionen, von Menschen mit Behinderung bis zur Sorgearbeit – ein unerlässlicher Teil einer sozialen und inklusiven Zukunft ist.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass der Sozialstaat in seiner heutigen Form zwar noch immer Großartiges leistet – wie etwa bei der Bewältigung der vielfältigen sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie –, aber auch Lücken und Schwachstellen zunehmend sichtbar werden. Steigendes Armutsrisiko, Bildungsvererbung, Erosion auf dem Arbeitsmarkt, die ungleiche Verteilung der Sorgearbeit und die zunehmend prekären Bedingungen im Bereich Gesundheit und Pflege mit der Herausbildung einer Zwei-Klassen-Medizin bei gleichzeitiger Zunahme von Überreichtum zeigen, dass in vielen Feldern Handlungsbedarf besteht, damit der Sozialstaat von morgen ein gutes Leben für die breite Bevölkerung sicherstellen kann. Die folgenden Seiten bieten einen guten ersten Einblick in zentrale Themenstellungen und zeigen auf, wo anzusetzen ist.

In diesem Sinne hoffen wir, mit diesem Band einen Beitrag zur evidenzbasierten Analyse wesentlicher sozialpolitischer Themen zu leisten und damit die politische Auseinandersetzung zu bereichern und zu beleben.

1 ARBEITSLOSIGKEIT, UNTERBESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSMARKTPOLITIK

1.1 Herausforderungen

Die COVID-19-Pandemie hat die ökonomische und individuelle Verwundbarkeit in Bezug auf Arbeitsmarktrealitäten besonders eindrücklich vor Augen geführt. Bis heute sind die Narben auf dem Arbeitsmarkt empirisch sichtbar.

- Die aktuelle Stagflationsphase erschwert den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit: Durch ein marginales reales Wirtschaftswachstum werden wieder mehr Menschen auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung angewiesen sein.
- Reformdebatten im Bereich der Arbeitslosenversicherung beleuchten unzureichend das im internationalen Vergleich niedrige Arbeitslosengeld und dessen kurze Bezugsdauer.
- Arbeitslosigkeit hat individuell und gesellschaftlich negative Folgen – von finanziellen Einschränkungen der Haushalte bis hin zu Risiken für die (psychische) Gesundheit und Teilhabe.

1.2 Was zu tun ist

Die Performanz des Arbeitsmarkts ist neben konjunkturellen Komponenten entsprechend stark vom Zusammenspiel verschiedener Politikfelder bestimmt. Zentral sind dabei die Ausgestaltung der Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinn, um nur einige zu nennen. Eine höhere Komplementarität dieser Politikfelder wäre wünschenswert und schließlich dafür entscheidend, dass Österreich wieder den Anschluss an die Spitzengruppe im europäischen Norden finden kann. Im Rahmen der Arbeitslosenversicherung wäre eine fortschrittliche Debatte u. a. wichtig für

- eine strukturelle, systemische Analyse der Ursachen von Arbeitslosigkeit,
- das Erreichen einer armutsfesten Absicherung bei Arbeitslosigkeit,
- gleichstellungsfördernde Investitionen,
- transformationsunterstützende Angebote für Beschäftigte und Unternehmen.

1.3 Weiterlesen

Horvath, Thomas et al. (2022). Ältere am Arbeitsmarkt: Eine Vorausschau bis 2040 als Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen. Wien, WIFO. <https://tinyurl.com/mrxxshw5>.

Huemer, Ulrike/Mahringer, Helmut (2022). Arbeitsmarktmonitor 2021. Update des jährlichen, EU-weiten Arbeitsmarktbeobachtungssystems. Wien, WIFO. <https://tinyurl.com/yc2ba6ap>.

Lehner, Lukas/Kasy, Maximilian (2022). Employing the unemployed of Marienthal: Evaluation of a guaranteed job program. Oxford, University of Oxford. <https://tinyurl.com/2dhjv2p8>.

Neier, Thomas et al. (2022). Sozial-ökologische Arbeitsmarktpolitik, Fördermaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Österreich. <https://tinyurl.com/46htdy76>.

2 ARMUT, SOZIALE AUSGRENZUNG UND WOHNEN

2.1 Herausforderungen

Vor dem Hintergrund multipler Krisen sehen Wohlfahrtsstaaten sich mit neuen, zusätzlichen Herausforderungen bei der Armutsbekämpfung konfrontiert.

- Nicht nur geringes (Erwerbs-)Einkommen bestimmt die Betroffenheit von Armut. Auch hohe Lebenshaltungskosten und eine schwierige Wohnsituation haben einen zunehmend deutlich sichtbaren Einfluss auf die Möglichkeit, ein Leben ohne existenzielle Sorgen leben zu können.
- Traditionelle Instrumente und diskretionäre Maßnahmen prägen das institutionelle Gefüge des österreichischen Wohlfahrtsstaates – Lücken gibt es aber nach wie vor.
- In der Armutsberichterstattung werden neben Informationen zur Einkommensarmut zunehmend Informationen zu Lebenshaltungskosten sowie zu Wohnbedingungen relevant.

2.2 Was zu tun ist

Für eine effektive Bekämpfung von Armut ist nicht nur die Reduktion von Einkommensarmut entscheidend.

- Ähnlich wichtig sind die Sicherstellung eines ausreichenden Lohnwachstums und die Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen zur Sicherung eines guten Lebensstandards. Dazu zählen unter anderem Qualifikationsangebote, Leistungen für Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (können), oder auch der Ausbau von Unterstützungsleistungen im Bereich der psychischen Gesundheit.
- Dazu kommen Maßnahmen zur Prävention von Delogierungen, wie sie derzeit (noch) angeboten werden. Das muss angesichts der derzeit hohen Inflation auch noch länger geschehen.
- Darüber hinaus muss effektive Armutsbekämpfung auf Basis aktueller Daten erfolgen, die über die bisherigen Indikatoren hinausgehen.

2.3 Weiterlesen

Bachleitner, Alena/Maidorn, Susanne (2022). Effekt der Inflation 2022: Konsumausgaben übersteigen zunehmend das verfügbare Einkommen – auch bei Erwerbstätigen-Haushalten. <https://tinyurl.com/yc4268tj>.

David, Evelyn (2020). Armutsbetroffene und die Corona-Krise. Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen. Wien, BMSGPK. <https://tinyurl.com/4wyvtbbd>.

*Die Armutskonferenz (2022). „Die im Dunkeln sieht man nicht...“: Eine Erhebung zur „Sozialhilfe“ aus Sicht von Expert*innen der sozialen Praxis.* Wien. <https://tinyurl.com/5b4repst>.

Heitzmann, Karin/Matzinger, Sandra (2021). The (changing) consideration of social investment in the design of welfare benefits: The case of poverty relief in Austria. *Social Policy & Administration* 55 (4), 573–588. <https://doi.org/10.1111/spol.12643>.

3 QUALITÄT DER BESCHÄFTIGUNG UND PREKÄRE ARBEIT IN ÖSTERREICH

3.1 Herausforderungen

Schlechte Entlohnung und unsichere Beschäftigungsbedingungen schränken die Chancen auf soziale Teilhabe massiv ein. In Österreich gibt es einen Niedriglohnsektor mit einem hohen Risiko prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse – durch die aktuell besonders hohe Teuerung verschärft sich das Problem. Beschäftigte im Gastgewerbe, Frauen sowie Migrant:innen sind besonders stark betroffen.

Bei Leiharbeiter:innen und entsandten Arbeitskräften zeigt sich eine große Diskrepanz zwischen den formal geltenden Arbeitsrechten und oftmals höchst prekären Arbeitsbedingungen in der Praxis.

3.2 Was zu tun ist

Um den Niedriglohnsektor in Österreich zu reduzieren, ist es zentral, deutliche Lohnerhöhungen in den entsprechenden Kollektivverträgen zu erreichen. Die kollektivvertragliche Mindestlohnforderung des ÖGB erhält durch die EU-Mindestlohnrichtlinie starken Rückenwind. Auch wenn die wesentlichen Bestimmungen des im Oktober 2022 beschlossenen EU-Rechtsakts Österreich nicht direkt betreffen, ist es hilfreich, sich auch hierzulande auf die neue Richtlinie zu beziehen.

Darüber hinaus gilt es, die Arbeitnehmer:innenvertretung insbesondere in jenen Branchen mit besonders niedrigen Löhnen zu stärken – wie etwa in der Gastronomie und der Hotellerie. Zudem muss Scheinselbstständigkeit, wie etwa in der Paketlogistik, durch effektive Maßnahmen bekämpft werden.

3.3 Weiterlesen

Geisberger, Tamara (2021). Entwicklung und Verteilung der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich und in der EU. *Statistische Nachrichten* (9), 680–698.

Neuhauser, Johanna/El-Roumy, Marwa/Wexenberger, Yannic (2021). Als ich diese Halle betreten habe, war ich wieder im Irak: Migrantische Systemerhalter_innen bei Hygiene Austria und der Post-AG. *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* 227. Wien. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16357630/1/#topDocAnchor>.

Neuhauser, Johanna/Hötzinger, Sophie/El-Roumy, Marwa/Steindl, Stephan/Wexenberger, Yannic (2022). Was steckt hinter dem Personalmangel? Arbeitsbedingungen in Gastronomie und Hotellerie in Oberösterreich. https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitswelt/arbeitsbedingungen/AB_2022_Gesamtbericht_Arbeitsbed_Gastronomie_Hotellerie_OO-.pdf.

Siegert, Christina (2021). Erwerbsarmut in Österreich aus Geschlechterperspektive. *Wirtschaft und Gesellschaft* 47 (4), 511–535.

4 GESUNDHEIT IN UND FÜR ALLE POLITIKFELDER: WEGE ZUR GESUNDHEITLICHEN CHANCENGERECHTIGKEIT

4.1 Herausforderungen

Obwohl der österreichische Sozialstaat gut ausgebaut ist, bestehen für vulnerable Gruppen, wie etwa Menschen mit geringen finanziellen Mitteln, chronischen Erkrankungen und/oder schlechten Deutschkenntnissen, zahlreiche Barrieren im Gesundheitssystem.

Die COVID-19-Pandemie brachte extreme Belastungen für das Gesundheitswesen mit sich und offenbarte Schwächen in dessen Systemresilienz. Hohe Bettenauslastungen in Spitälern führten zu aufgeschobenen Operationen, zudem zeigte sich ein ungedeckter Behandlungsbedarf. Insbesondere psychische Belastungen nahmen zu, besonders unter Kindern und Jugendlichen.

4.2 Was zu tun ist

Laufende Reformen setzen darauf, die Fragmentierung im Gesundheitssystem zu reduzieren. Ein guter Ansatz der Kooperation mehrerer Akteur:innen ist etwa die schrittweise Einführung eines Primärversorgungsmodells mit multiprofessionellen Teams. Generell gilt es, bei Veränderungen die von den Entscheidungen betroffenen Gruppen einzubinden.

Es braucht geeignete Krisen- und Resilienzpläne, die alle Versorgungsebenen umfassen. Mit Maßnahmen für Chancengerechtigkeit und Inklusion müssen Gesundheitschancen gestärkt werden. Leicht zugängliche psychosoziale Betreuungsangebote müssen ausgebaut werden. Es gilt, Gesundheitsschutz als Querschnittsthema über alle Politikfelder hinweg zu verfolgen, wodurch sowohl für den Gesundheitssektor als auch für andere Bereiche Synergien entstehen.

4.3 Weiterlesen

Dale, Rachel/Jesser, Andrea/Pieh, Christoph/O'Rourke, Teresa/Probst, Thomas/Humer, Elke (2022). Mental health burdens of high school students, and suggestions for psychosocial support, 1.5 years into the COVID-19 pandemic in Austria. European Child & Adolescent Psychiatry. <https://doi.org/10.1007/s00787-022-02032-4>.

Greer, Scott L./Falkenbach, Michelle/Siciliani, Luigi/McKee, Martin/Wismar, Matthias/Figueras, Josep (2022). From Health in All Policies to Health for All Policies. The Lancet Public Health 7 (8), E718–E720. [https://doi.org/10.1016/S2468-2667\(22\)00155-4](https://doi.org/10.1016/S2468-2667(22)00155-4).

Haas, Sabine/Braunegger-Kallinger, Gudrun (2021). COVID-19 als Syndemie: Der Einfluss der sozioökonomischen Determinanten auf die Gesundheit. Kurswechsel 1/2021, 7–19.

Schmidt, Andrea E. (2021). Es geht um mehr als Krankenhausbetten. Gesundheitspolitische Lehren der Coronakrise. Perspektiven Policy Brief 06/2021. Linz, Marie Jahoda – Otto Bauer Institut. https://jbi.or.at/wp-content/uploads/2021/09/Perspektiven_2021_06.pdf.

5 UNGLEICHE VERTEILUNG DER ERWERBS- UND SORGEARBEIT ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN

5.1 Herausforderungen

Eine Vielzahl an Untersuchungen – nicht nur zu den Auswirkungen von Krisen – zur grundsätzlichen sozioökonomischen Lage von Frauen und zur Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstands fokussiert ausschließlich auf ihre Erwerbssituation und das Erwerbseinkommen. „Unsichtbar“ bleibt in diesen Analysen jedoch oft die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit. Die nur sehr unregelmäßige Verfügbarkeit von Daten aus Zeitverwendungserhebungen erschwert den Blick auf die bestehenden Schief lagen:

- Frauen leisten zwei Drittel der unbezahlten Arbeit für Haushalt, Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen.
- Frauen- und familienpolitisch sind die letzten Jahre von neokonservativen Rückschritten geprägt, die für Frauen nachteilige (gesellschaftliche und familiäre) Muster gestärkt haben, anstatt diese abzubauen.
- Fehlende soziale Infrastruktur führt zu einer „Refamiliarisierung“ von Sorgearbeit.

5.2 Was zu tun ist

Neben strukturellen Nachteilen, wie der berufs- und branchenspezifischen Segmentation und Segregation auf dem Arbeitsmarkt, sind viele – wenn nicht sogar die meisten – der sozioökonomischen Benachteiligungen von Frauen auf die Zuschreibung, dass Frauen für den Großteil der unbezahlten Arbeiten zuständig seien, zurückzuführen. Gesellschaftlicher bzw. gleichstellungsorientierter Fortschritt kann nur gelingen, wenn

- traditionelle, (neo)konservative Rollenzuschreibungen endlich aufgebrochen werden,
- ein substanzieller Ausbau der öffentlichen sozialen Infrastruktur gelingt,
- Zeitverwendungsstudien regelmäßig Schief lagen sichtbar machen,
- Männer aktiv frauenfeindliche Muster in Gesellschaft und Wirtschaft durchbrechen.

5.3 Weiterlesen

Derndorfer, Judith et al. (2021): Home, sweet home? The impact of working from home on the division of unpaid work during the COVID-19 lockdown. *PLoS One*, Vol. 16 (11).

EIGE (2021): Gender inequalities in care and consequences for the labour market. <https://tinyurl.com/yc42jfwm>.

EIGE (2022): Gender Equality Index 2022: The COVID-19 pandemic and care. <https://eige.europa.eu/publications/gender-equality-index-2022-covid-19-pandemic-and-care>.

EIGE (2023): The pathway to progress: strengthening effective structures for gender equality and gender mainstreaming in the EU. <https://tinyurl.com/5469r6ar>.

Haim, Daniel/Mader, Katharina/Schultheiss, Jana (2021): Beklatschte Systemrelevanz. Eine feministische Perspektive auf die kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge. *Kurswechsel* 4/2022.

6 DAS PENSIONSSYSTEM: GUTE ENTWICKLUNG UNTER HERAUSFORDERNDEN RAHMENBEDINGUNGEN

6.1 Herausforderungen

In der öffentlichen Diskussion dominieren leider die Stimmen jener, die das österreichische Pensionssystem schlechtreden wollen. Jungen Menschen wird Angst gemacht, sie könnten kaum noch mit einer angemessenen öffentlichen Alterssicherung rechnen, zugleich wird die vermeintliche Unfinanzierbarkeit heraufbeschworen. Beides ist unzutreffend:

- Das österreichische Pensionssystem bietet auch den heute Jungen eine sehr gute Absicherung, wie auch der Vergleich mit Deutschland eindrücklich zeigt.
- Sämtliche Langfristberechnungen belegen, dass die finanzielle Nachhaltigkeit in keiner Weise gefährdet ist.
- Aktuell drohen durch die Teuerung jedoch massive Kürzungen für Menschen, die in nächster Zeit ihre Pension antreten – hier muss die Bundesregierung rasch handeln.

6.2 Was zu tun ist

Das an sich sehr gute Pensionssystem muss hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit und Armutsfestigkeit progressiv weiterentwickelt werden, wobei die Maßnahmen ineinandergreifen, weil vor allem Frauen von Altersarmut betroffen sind. Aktuell gilt es, die negativen Folgen der Teuerung weitestmöglich einzudämmen. Erforderlich sind

- eine bessere und längere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten und bessere Anrechnung von Pflegezeiten,
- armutsfeste Ausgleichszulagen durch eine Anhebung auf die empirischen Armutsschwellen und in der Folge jährliche Anpassungen mit der Einkommensentwicklung,
- Abfederung der Folgen der Teuerung durch Beseitigung der Aliquotierung der ersten Inflationsanpassung und Einführung einer Schutzklausel zur Wertsicherung bei der Pensionsberechnung.

6.3 Weiterlesen

Blank, F./Logeay, C./Türk, E./Wöss, J./Zwiener, R. (2021). Renten in Deutschland und Österreich. Fragen und Antworten. https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008211.

Mum, D./Türk, E. (2017). „Kapitaldeckung“ der Rente – ein Irrweg? <https://tinyurl.com/2nab5u2a>.

Ortiz, I./Durán-Valverde, F./Urban, S./Wodsak, V. (2019). Reversing Public Pension Privatizations. Rebuilding public pension systems in Eastern Europe and Latin America. <https://tinyurl.com/2p8phr7t>.

Türk, E./Blank, F./Logeay, C./Wöss, J./Zwiener, R. (2018). Den demografischen Wandel bewältigen: die Schlüsselrolle des Arbeitsmarktes. <https://tinyurl.com/yc233xd8>.

Türk, Erik (2021). Wieder einmal: Pensions-Schwarzmalerei durch aktuelle EU-Projektionen klar widerlegt. A&W-Blog v. 17.09.2021. <https://tinyurl.com/3m4fuza9>.

August Österle

7 30 JAHRE PFLEGEPOLITIK: EIN BLICK ZURÜCK ... UND NACH VORN

7.1 Herausforderungen

Die Etablierung des österreichischen Pflegevorsorgesystems liegt mittlerweile 30 Jahre zurück. Die Corona-Pandemie und die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen haben aber deutlich gemacht, dass das Langzeitpflegesystem vor zahlreichen neuen Herausforderungen steht – zusätzlich zu den bereits bestehenden. Sozialpolitische Antworten sind notwendig:

- Aufgrund der soziodemografischen Entwicklungen wächst der Bedarf an Pflege und Betreuung (und damit auch an Pflege- und Betreuungspersonen) weiterhin stark.
- Gleichzeitig stellen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche weitere Herausforderungen für Pflege und Betreuung dar, etwa die steigende Erwerbsbeteiligung – mit Konsequenzen für die unmittelbaren Betreuungsmöglichkeiten innerhalb von Familien und für Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und informeller Pflege und Betreuung.

7.2 Was zu tun ist

Um sich erfolgreich den wachsenden Herausforderungen stellen zu können, sind massive und nachhaltige Investitionen notwendig. Sie sind erstes und wichtigstes Anliegen, um eine qualitativ hochwertige Pflege und Betreuung sicherzustellen. Das beinhaltet u. a.

- den Anspruch auf bezahlbare und hochwertige Langzeitpflegedienste für alle,
- die im Bericht der Taskforce-Pflege formulierten Ziele und Maßnahmenpakete als eine wichtige Handlungsanleitung für notwendige sozialpolitische Entwicklungen.

7.3 Weiterlesen

Leichsenring, Kai/Schmidt, Andrea E./Staflinger, Heidemarie (2021). Fractures in the Austrian Model of Long-Term Care: What are the Lessons from the First Wave of the COVID-19 Pandemic? *Journal of Long-Term Care*, 33–42. <http://doi.org/10.31389/jltc.54>.

Österle, August (2018). Employing Migrant Care Workers for 24-hour Care in Private Households in Austria. Benefits and Risks for the Long-Term Care System. In: *Karen Christensen/Doria E. Pilling* (Hg.). *The Routledge Handbook of Social Care Work Around the World*. London, Routledge, 130–141.

Schalek, Kurt (2020). Pflegebedarf. Working Paper. Wien, Arbeiterkammer Wien. https://wien.arbeiterkammer.at/service/studienundzeitschriften/studien/gesundheitundpflege/Working-Paper_Pflegebedarf_2020-12.pdf.

Trukeschitz, Birgit/Österle, August/Schneider, Ulrike (2022). Austria's Long-Term Care System: Challenges and Policy Responses. *Journal of Long-Term Care*, 88–101. <http://doi.org/10.31389/jltc.112>.

8 SOZIALE BILDUNGSUNGLEICHHEIT IN ÖSTERREICHS SCHULEN ZWISCHEN 2012 UND 2022

8.1 Herausforderungen

Eine Vielzahl an Studien belegt seit Jahrzehnten, dass die soziale Herkunft eine entscheidende Rolle dabei spielt, welche Bildungsabschlüsse Kinder und Jugendliche in Österreich erreichen. Im Generationenvergleich hat sich daran kaum etwas verändert.

- Bereits vor den jüngsten Krisenentwicklungen lassen sich beharrliche Bildungsungleichheiten nach sozialer Herkunft zeigen.
- Zwar hat sich das Bildungsniveau insgesamt erhöht, doch die Chance auf ein Hochschulstudium hat sich für Kinder, deren Eltern höchstens einen Pflichtschulabschluss erlangt haben, in zwanzig Jahren kaum verbessert.
- Die Voraussetzungen für benachteiligte Schüler:innen haben sich durch die COVID-19-bedingten Schulschließungen verschlechtert und damit Bildungsungleichheiten im österreichischen Schulsystem verstärkt.

8.2 Was zu tun ist

Trotz Bekundung von Chancengleichheit werden Maßnahmen zur nachhaltigen Überwindung sozialer Ungleichheit im Schulsystem in der bildungspolitischen Praxis nicht bzw. nicht mit entscheidendem Nachdruck verfolgt. Statt rein kompensatorischer Politik braucht es:

- eine Stärkung der Elementarpädagogik als erster Bildungseinrichtung und die Aufhebung der frühen Selektion,
- eine Qualitätsoffensive durch stärkere Professionalisierung von Lehrkräften und eine Entlastung von Schulleiter:innen sowie bessere Betreuungsverhältnisse.
- Zudem müssen sozioökonomisch stark segregierte Schulen mit besonders gut qualifizierten Lehrkräften und einem großzügigen Fortbildungs- und Coachingbudget ausgestattet und in einem mehrjährigen Schulentwicklungsprozess begleitet werden.

8.3 Weiterlesen

Bruneforth, M./Weber, C./Bacher, J. (2012). Chancengleichheit und garantiertes Bildungsminimum in Österreich. <https://tinyurl.com/52z2n9ts>.

Gruber, K. H. (2019). Gesamtschule. Ein Nachruf. Warum die Demokratisierung der österreichischen Schulstruktur bisher gescheitert ist. In: G. Sandner/B. Ginner (Hg.). Warum Demokratie Bildung braucht. Wien/Berlin, Mandelbaum Verlag, 103–114.

Landau, D./Larcher, E. (2022). Teuerung gefährdet die Bildungsteilhabe von Kindern und Jugendlichen. A&W-Blog v. 14.09.2022. <https://tinyurl.com/3cdb2bza>.

Schnell, Philipp/Gruber, Oliver (2022). Bildungsungleichheiten vor/nach Corona: Zurück an den Start. A&W-Blog v. 02.03.2022. <https://awblog.at/bildungsungleichheiten-vor-nach-corona/>.

Schnell, P./Rothmüller, B. (2021). Bildungsungleichheiten: Reproduktionsmechanismen und illegitimes kulturelles Kapital in der Schule. In: G. Sandner/B. Ginner (Hg.). Emanzipatorische Bildung. Wege aus der sozialen Ungleichheit. Wien, Mandelbaum Verlag, 85–100.

9 MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN – EINE VERGESSENE „ZIELGRUPPE“ ÖSTERREICHISCHER SOZIALPOLITIK

9.1 Herausforderungen

Die österreichische Sozialpolitik hat auf Menschen mit Behinderungen bislang oftmals „vergesen“. Das kann unmittelbar nachteilige Auswirkungen auf die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen nach sich ziehen. Deshalb markiert die Ratifikation der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch Österreich im Jahr 2008 einen wichtigen Wendepunkt in Richtung Inklusion. Österreich hat sich zur Umsetzung der Bestimmungen der UN-Konvention verpflichtet. Deren konkrete Realisierung erfolgt aber bisher zu langsam. Menschen mit Behinderungen müssen als Träger:innen von Rechten verstanden werden und nicht als Empfänger:innen von Almosen.

9.2 Was zu tun ist

Die Arbeiterkammer positioniert sich seit Langem im Sinne des Inklusionsgedankens, so beispielsweise auch im Rahmen der Erstellung und Begutachtung des Nationalen Aktionsplans Behinderung 2022–2030. Wichtige Forderungen sind:

- Erweiterung und Konkretisierung der im NAP vorgesehenen Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf deren Quantität und Qualität, sowie entsprechende Zeitpläne und die erforderlichen Budgetmittel für einen ambitionierten NAP Behinderung.
- Besonders dringlich ist die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Behinderungen; mithilfe der aktiven Arbeitsmarktpolitik und konkreter Förderangebote müssen mehr gute Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.
- Für Menschen mit Behinderungen in Werkstätten müssen eine eigenständige sozialversicherungsrechtliche Absicherung sowie inklusive Rahmenbedingungen und eine faire Bezahlung vorgesehen werden.
- Im Gleichstellungsrecht bedarf es deutlicher Verbesserungen v. a. in der Rechtsdurchsetzung. Im Behinderteneinstellungsgesetz ist eine deutliche Erhöhung der Beiträge nach dem Ausgleichstaxenmodell unumgänglich.

9.3 Weiterlesen

AK Wien (2022). Gleichbehandlung. Wichtiges aus dem Gleichbehandlungsgesetz. https://wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/Arbeitsrecht/Gleichbehandlung_rg.pdf.

AK Wien/Österreichischer Gewerkschaftsbund (2021). Gleichgestellt. Ein Ratgeber zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. <https://tinyurl.com/44s2xam6>.

Aufhauser, K./Bergmann, N./Reichert, H./Riesenfelder, A./Sorger, C./Wetzel, P. (2020). Chancengleichheit für Frauen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt. <https://tinyurl.com/4978r6e2>.

Chlestil, M./Schmidhuber, M. (2022). NAP Behinderung: Für gleichberechtigte Teilhabe noch viele Schritte zu tun. A&W-Blog v. 29.09.2022. <https://tinyurl.com/2kaamc4c>.

Sorger, C./Bergmann, N. (2020). Frauen, die behindert werden ... : ... auf ihrem Weg zur Gleichstellung in Wien. <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrup/content/pageview/3526111>.

Judith Derndorfer, Julia Hofmann, Patrick Mokre und Matthias Schnetzer

10 VERMÖGEN UND REICHTUM IN ÖSTERREICH

10.1 Herausforderungen

Mehrere Studien zeigen, dass die Ungleichverteilung bei den Vermögen in Österreich größer ist als bisher vermutet. Die aktuellen Krisen haben die sozialen Ungleichheiten noch weiter verschärft, da Haushalte die wirtschaftlichen Turbulenzen je nach Vermögensbesitz unterschiedlich gut abfedern konnten. Die hohe Vermögenskonzentration hat zudem negative Folgen für die Demokratie, die soziale Teilhabe und den Wohlstand in Österreich. Die Politik ist deshalb mehr denn je gefordert, diese Schieflage zu bekämpfen. Dies gilt umso mehr, als

- über 80 % der österreichischen Bevölkerung die Unterschiede zwischen Arm und Reich als zu groß erachten,
- eine faire Aufteilung der Kosten von Corona-, Klima- und Teuerungskrise ein Gebot der Stunde ist.

10.2 Was zu tun ist

Die Politik ist umso mehr gefragt, als es nicht an gut ausgearbeiteten Modellen der Vermögensbesteuerung mangelt, mit denen diesen Entwicklungen entgegenwirkt werden könnte:

- Eine Millionärssteuer ist eine Frage der Gerechtigkeit.
- Der AK-Wohlstandsbericht zeigt, dass es darüber hinaus unterschiedlichster Maßnahmen bedarf, um einen hohen Lebensstandard für die Vielen zu ermöglichen.
- Eine Verringerung der Vermögensungleichheit birgt Potenziale zur Reduktion wirtschaftlicher Instabilität, Stärkung der Demokratie und Bekämpfung der Klimakrise.

10.3 Weiterlesen

AK Wien (2020). Vermögensverteilung. Für die vielen, nicht die wenigen. <https://tinyurl.com/2p8axjpc>.

AK Wien (2022). AK-Wohlstandsbericht 2022. Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich 2018–2023. <https://tinyurl.com/yx7t95y7>.

Marterbauer, M./Schürz, M. (2022). Angst und Hoffnung. A&W-Blog v. 26.09.2022. <https://awblog.at/angst-und-angstmacherei/>.

Schnetzer, M./Hofmann, J./Ertl, M. (2019). Vermögensverteilung in Österreich: Neue Daten, beständige Ungleichheit. A&W-Blog v. 14.01.2019. <https://tinyurl.com/48vhmyww>.

Schnetzer, M. (2020). Weshalb die Corona-Krise auch eine Verteilungsfrage ist. A&W-Blog v. 26.03.2020. <https://awblog.at/corona-krise-auch-verteilungsfrage/>.

Schnetzer, M. (2021). Wie Ungleichheit die Demokratie untergräbt. A&W-Blog v. 06.12.2021 <https://awblog.at/wie-ungleichheit-die-demokratie-untergraebt/>.